

Ihre Fleischmesse, 9 Uhr
am 1. Sonntag. — Am
Festtag 7., 8., 9. Uhr
abends; abends 6 Uhr
am 7. und
8. Februar um 7 Uhr und
sonst jeden dritten
Samstag zur 6. Feier.
am 9. Uhr Hochamt
et cetera.

Sonntag im Monat
am 7. Februar
um 8 Uhr und
sonst jeden dritten
Samstag zur 6. Feier.
am 9. Uhr Hochamt
et cetera.

5 879 (250) 566 587
6 250) 766 (250) 734
547 (2000) 420 789
648 49940 591 785
825 (250) 59 262 411

414 480 294 (500) 96
0 583 199 (1000) 770
697 410 901 (500) 49
159 771 604 998 309
1507 702 998 357 69
250) 182 984 959 625
732 438 65 592 599
154 969 755 460 949
783 924 185 (500) 309
967 716 836 786 497
158 (500) 524 (250) 388
500) 563 742 341 572
191 448 532 722 (250)
252 275 862 62 2961
655 171 523 (250) 167
427 119 892 386 445
251 261 161 816 478
316 602 723 66760
242 14 724 24 67093
0 17 605 838 297 447
69083 892 248 (250)
2 876 46 32 (250)
654 810 (250) 340 19
885 634 475 (250) 761
417 518 847 489 156
540 (500) 798 706 716
1 (250) 809 886 (1000)
1 750 74 45 559 779
0 86 733 400 907 444
8 477 618 526 158 701
715 103 69 (500) 422
339 400 (250) 342 873
90 335 338 (250) 301

835 502 (250) 624 4461
94 656 297 174 **M2074**
567 128 644 507 (250)
3 767 207 924 407 873
4 355 950 **M4788** (250)
50 58 554 473 584 659
501 346 34 2 350 768
000) 243 307 632 (250)
118 5 283 457 372 460
3 735 938 135 114 918
279 969 (250) 917 545

821 (500) 218 914 628
0 16 221 994 339 886
02474 139 97 367 851
217 783 212 909 417
165 126 805 506 161
424 280 881 18 (10000)
78 480 204 769 800 (250)
5 340 (250) **B0277** 63
97205 6 491 535 808
036 602 635 862 280
417 69 (250) 272 780
12 367 89 708 227 (250)

gutung seines Herrn
auf gestürzt, zer-
störten, nicht ver-
gelingen. Ihm mil-
digen zu trennen,
in dann gesondert
zunächst. Sein
nde war zu frisch;
e willkommen war

cht entgangen, daß
heiden flüsterte sie

ist nicht denbar,

du bist, und alle,
dee und verbittere

Treue. Bei seiner
erben. Sie kannte
kunst. Felsig aber

Felsig nach vierund-
en La Buz ausstieg.

greifbarigen Pla-
Gaus, das Laden
nächster Nähe. Zu
Häuser, zum Teil

dies war das Dorf.
Schaffner, ein Poli-
Gesicht und grauem
end war füllt. Als

eilte der Mann im
in unserer Einöde!

Es sind allerdings

Sie sich noch an den

Ibe geblieben. Wie

macht, zur Bahn zu

den Wetter!"

jungen Herrn selbst

ir Sie angelommen.

Nr. 11.

Dienstag, den 16. Januar 1906.

5. Jahrgang.

Südostfische Volkszeitung

Wochentagsblatt mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Wochensatz: 1 Mit. 50 Pf. (ohne Beilage). Sonn- u. Feiertage: 10 Pf.
außerordentl. Sonntagsblatt: 10 Pf. (ohne Beilage).
Redaktion: Südstadtstrasse 11—12 Uhr.

Unabhängiges Cageblatt I. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Inserate werden die Abgabt. Zeitigste über deren Raum mit
15 Pf. berechnet, bei Überholung bezeichneter Raum.
Anhänger, Redakteur und Geschäftsführer: Südstadtstrasse 11—12 Uhr.
Wählerische Sache: 12.—13 Uhr.

Zur Neubesetzung der Stelle des Apostolischen Vikars.

Man schreibt uns: Bei dem begreiflicherweise großen Interesse, welches der Wiederbesetzung der Stelle des Apostolischen Vikars entgegengebracht wird, erscheint es angezeigt, die dabei in Frage kommenden rechtlichen Verhältnisse in Kürze darzulegen, schon um die unzutreffende Darstellung zurückzudringen, welche darüber in anderen Blättern gegeben wurde.

Das Königreich Sachsen umschließt zwei von einander vollständig getrennte kirchliche Verwaltungsbezirke: a) die Apostolische Präfektur Bautzen, welcher nach dem Untergange der alten Diözese Meißen seit 1560 die Jurisdiktion über die Katholiken der Lausitz ausübt. Ausgeübt wird diese jurisdiktionale Gewalt durch den jedesmaligen Delan des Domstifts St. Petri in Bautzen; b) das Apostolische Vikariat im Königreiche Sachsen, welches in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts für die Katholiken der sächsischen Erblande errichtet wurde. Der erste durch die Bischofswürde ausgezeichnete Apostolische Vikar war der Kapellmeister des Königs Friedrich August des Gerechten, auch als Kanzelredner berühmter Bischof Schneider. Er starb 1818. Seine sämtlichen Nachfolger waren Bischöfe.

Der Administrator ecclesiasticus der königlich sächsischen Oberlausitz, also der jedesmalige Delan von St. Petri in Bautzen, wird gewählt von den Kanonikern des Domstifts und zwar durch Stimmenmehrheit. Seine rechtmäßige Wahl, die selbstverständlich von Rom anerkannt werden muß, genügt, um ihn sofort in den Besitz der Jurisdiktion über die Katholiken der Oberlausitz gelangen zu lassen.

Der Apostolische Vikar für die Erblande wird, wie alle Apostolischen Vikare des katholischen Erdkreises, ernannt von dem heiligen Stuhle, beginnend der Kongregation der Propaganda. Ueber die Mitwirkung St. Majestät des Königs von Sachsen bei dieser Ernennung enthält das "Königlich sächsische Mandat vom 19. Februar 1827", welches die rechtliche Stellung der katholischen Kirche in Sachsen normiert und in die Gesetzesammlung des Landes aufgenommen ist, keine Andeutung. Der Person des Apostolischen Vikars betreffende § 2 dieses Mandates hat folgenden Wortlaut: "Der jedesmalige Apostolische Vikar hat, nach vorheriger Vorlegung des ihm beigebrachte Delegation enthaltenden päpstlichen Schreibens, den Untertanen- und Diensteld in Unsre Hände abzulegen, und dabei zur Beobachtung der Landesgesetze bei der ihm aufgetragenen Verwaltung sich zu verpflichten."

Sowohl erscheint gewiß, daß ein Ernennungsrecht, wie die Souveräne von Österreich-Ungarn, Bayern usw. für die Bischofszüge ihrer Länder haben, von St. Majestät dem König von Sachsen bei der Bestellung des Apostolischen Vikars nicht ausgeübt wird. Die Wünsche bezw. Vorschläge des der Kirche zu ergebenden Fürsten werden aber in jedem einzelnen Falle von dem heiligen Stuhle gern entgegengenommen, und jedenfalls erfolgt die Ernennung des Apostolischen Vikars immer im vollen Einvernehmen mit St. Majestät dem König und allerhöchstdeutscher Regierung.

Die oberhöchstliche Gewalt wird dem betreffenden Apostolischen Vikar aber nur für die Erblande sowie für das Herzogtum Sachsen-Altenburg und die Fürstentümer Neustadt mit übertragen; die Jurisdiktion über die Katholiken der Oberlausitz ruht bis zur Neuwahl eines Delans bei dem königlichen Konstitutor in Bautzen.

Da die beiden kirchlichen Verwaltungsbezirke in Sachsen — auch im uneigentlichen Sinne Diözese Dresden und Diözese Bautzen genannt — verhältnismäßig sehr klein sind, legte es sich von selbst nahe, dieselben wenigstens in der Person des Oberhirten zu vereinigen. So kam es, daß von 1831 ab, mit der kurzen Unterbrechung von 1840 bis 1845, die jedesmaligen Apostolischen Vikare auch zugleich Delane in Bautzen waren. Sie wurden letzteres aber durch die freie Wahl seitens der Kanoniker von St. Petri.

Beide oberhöchstlichen Stellen sind auch jetzt wieder zu-

gleich vacant. Wie der heilige Stuhl und die königliche

Staatsregierung im Interesse der kirchlichen Einheit stets

mit Rücksicht darauf bestanden haben, daß die beiden hohen

Amtskräfte vereinigt bleiben, so geht auch die Hoffnung aller

Katholiken Sachsen dahin, daß die Weisheit der in dieser

hochwichtigen Frage beruhenden Instanzen keine Spaltung

aufkommen lasse.

Ein königlicher Kommissar wird zu dem Wahlatte noch Bautzen deputiert. Ein Einfluß von seiner Seite auf die Wahl selbst ist durch das Kanonische Recht ausgeschlossen. Dagegen bedarf die Wahl, um rechtkräftig zu werden, wie schon bemerkt wurde, der Bestätigung durch den heil. Stuhl.

Deutscher Reichstag.

1. Berlin, 19. Sitzung am 18. Januar 1906.

Die erste Sitzung der Steuervorlagen wird fortgesetzt. — Staatssekretär Dr. v. Steinzel: Der Stadtwertsteuer soll nur dort nicht versteuert werden; Quittungen mit Scheit werden besteuert. Für die Bleiversteuer sei eine gewisse Einordnung geschaffen worden. Die Sozialdemokratie verzweifelt ja alle indirekten Steuern, also auch diese; deshalb braucht ich auf die Einwände verfehlten nicht näher einzugehen. (Echte rückw.) Die Arbeiter werden durch diese Steuerlage nicht gefährdet. — Abg. Meiss (Saxd.) wendet sich gegen die Stempelsteuer und spricht sich auch gegen die Automobilsteuer aus. — Abg. Vogt-Hall (W. Ber.): Die württembergische Steuerbehörde kann sich rühmen, daß ihr die Reichsverwaltung in der Gestaltung der Brausteuer geholfen ist. Die Tabaksteuer und Weinsteuer lehnen wir ab. Die Reichsweinsteuer wäre kein lohbares Vorgehen gegen die süddeutschen

Staaten. Der Wein muß für das Reich das Blümlein "Mehr mich nicht an!"bleiben. Einheitliche Kellerkontrolle ist geboten, auch verschärft. — Abg. Gorchein (Frei. Ber.): Die Automobilsteuer ist eine lächerliche Steuer, sie bringt nicht viel ein. Die Tabaksteuer verwerfen wir. Redner spricht sich für die Reichsweinsteuer aus. — Abg. Graf Raniz (Lom.) spricht sich für die Weinsteuer aus und polemisiert gegen Gorchein. Er ist für Kulturfußball. — Abg. Dr. Wolff (W. Ber.) wendet sich gegen die Reichsweinsteuer. Hierauf wird die Debatte geschlossen und die Begegnung einer gesonderten Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Naturleistungen (Einkaufsteuerungslast). — Abg. Erzberger (Zentr.) beantragt Verteilung an die Budgetkommission. Das Servicelsgesetz bringt nur eine Erhöhung um 1 Pf. pro Mann und Tag, dieses Gesetz um 20 Pf., so daß statt 23 Pf. kommt 24 Pf. bezüglich 1,4 Mrd. begünstigt werden. Diese Erhöhung ist dem Zentrum ungünstig; es würde mindestens eine Erhöhung um noch 20 Pf., auf 1,4 Mrd. Die Mehrosten von 1,1 Millionen Mark kann das Reich tragen; um so mehr als die Geldei allein dem Wolfe zugute. Für Gemeinden, die oft Einquartierung erhalten, muß ein besonderer Aufschlag gegeben werden und zwar von 20 bis 40 Prozent. Die Bedenken hiergegen sind nicht stichhaltig. Im Vorbringen wird sehr oft rigoros bei Eingangserklärungen verfahren. Redner macht eine Reihe weiterer Verbesserungsvorschläge im Interesse des platten Landes. (Beifall.) Die Abg. Ged.-Heidelberg (natl.), von Kriegshauptmann (kont.) und Liebermann von Sonnenberg (W. Ber.) stimmen den Ausführungen Erzbergers bei. — Der Generalmajor Gallwitz und Staatssekretär Graf v. Posadowitz hatten finanzielle Bedenken gegen die vom Zentrum aufgestellten Wünsche. Sie versprechen nähere Erörterungen in der Kommission. Darauf vertritt sich das Haus auf Montag 1 Uhr.

Politische Rundschau.

Dresden, den 16. Januar 1906.

— St. Majestät der Kaiser hat den deutschen Botschafter in Paris fürstlichen Befehl gegeben, der Witwe des jüngst verstorbenen Professors Amedeo Paganini, der in Bonn der französische Sprachlehrer des Kaisers gewesen war, das Beileid des Kaisers auszusprechen und am Grabe des Dahingediebenen einen Kranz niederzulegen.

— Die leichte Erfaltung, die den Kaiser an das Zimmer fesselt, ist hier und da als erste Erfahrung hingestellt worden. Dazu bemerkt die "R. mil. pol.corr.", daß der Gesundheitszustand des Monarchen zu keiner Zeit zu beunruhigenden Kombinationen irgend welchen Anlaß gegeben habe. Wie immer, wenn der Kaiser auch nur von einer unbedeutenden Erfaltung befallen sei, werde ärztlicherseits auf besondere Wünsche der Kaiserin Bechuße angeordnet. Erst auf dringende Bitten seiner Gemahlin und seiner Umgebung führe sich dann gewöhnlich der Kaiser der Notwendigkeit solchen offiziellen Krankheims.

— Kein Gericht an Kaisers Geburtstag. Der preußische Justizminister Dr. Beiser hat angeordnet, daß sämtliche Büros der Justizbehörden am 27. d. M. geschlossen sein sollen.

— Das Leichenbegängnis für den Staatsminister von Thielicke fand Sonntag mittag vom Amtsherrn Bahnhof nach dem Dreifaltigkeitskirchhofe in Gegenwart des Kronprinzen als Vertreter des Kaisers, des Ministers von Budde, von Rheinbaben, Dr. Stadt und von Bethmann-Hößweg, des Staatssekretärs Krämer, des Präsidenten des Reichstags Grafen Wallstrem, der Generale von Dahme, von Plessen und von Wülow, sowie zahlreicher Vertreter der Behörden, Abgeordneter und Zivilbeamten.

— In Köln fand unter der Teilnahme von Vertretern von 32 Handelskammern Rheinland-Westfalen und von Vertretern der Wissenschaft eine öffentliche Kundgebung zur Förderung guten Einvernehmens zwischen Deutschland und England unter dem Vorst. des Präsidenten der Kölner Handelskammer, Geheimen Kommerzienrates Michels, statt. Anwesend waren unter anderen der Oberpräsident der Rheinprovinz, Freiherr von Scharlemer, der Kardinalbischof Ritter, der Generalsuperintendent Dr. Umbel und Sir Thomas Buxley. Kardinal Ritter betonte, es gelte den Frieden zu fördern im Interesse beider Nationen und der ganzen Menschheit. Der englische Konsul Riessen hob hervor, beide Nationen hätten sich nie bekriegt, wohl aber öfter Schulter an Schulter gekämpft. Das Herrenhausmitglied Graf Hoensbroch führte aus, kein englischer Seelodest glaube, daß die deutsche Flotte die englische bedrohe; beide Völker sollten in neun Jahren die Hundertjahrfeier der Schlacht bei Waterloo brüderlich miteinander begehen. Der Chefredakteur Gardamis von der "Kölner Volkszeitung" sprach namens der rheinischen Presse im gleichen Sinne. Die Presse habe die heilige Pflicht, zum Frieden zu rufen. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in welcher die deutschfreundlichen Kundgebungen aus England als erfreuliches Zeichen wachsenden Verständnisses begrüßt werden und der Überzeugung Ausdruck gegeben wird, daß ein auf gegenseitige Achtung und gegenseitiges Vertrauen begründetes Einvernehmen die Interessen beider Völker und die geistige und wirtschaftliche Entwicklung der Welt wachsen fördern werde. Die Resolution soll dem Reichslandrat, dem deutschen Botschafter in London, dem englischen Botschafter in Berlin und verschiedenen englischen Handelskammern mitgeteilt werden. Von Engländern in Tanger lief ein Telegramm ein, in dem der Justizminister zu den Begegnungen der heutigen Kundgebung Ausdruck gegeben wird. Geheimer Kommerzienrat Michels schloß die Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser.

— In der Kammer der bayerischen Abgeordneten hat sich Kriegsminister Freiherr von Horn energisch gegen die Soldatenmichthandlungen ausgeworfen. Die Unteroffiziere würden immer wieder auf die Unzulässigkeit von Tötlichkeiten hingewiesen; aber da sie mit den Mannschaften gleichaltrig seien, und da sich unter den Mannschaften auch schlechte Elemente befinden welche man nicht wie im Zivilleben wegholen könne, sondern zu militärisch brandhaften Leuten erziehen müsse, so würden Verfehlungen wohl nie ganz aufhören. Auch bei den Offizieren kämen solche Dinge vor, aber nur bei den jüngsten. Im Jahre 1904 seien 71 Vorgesetzte wegen Mißhandlung angezeigt worden, darunter zwölf Offiziere. In acht Fällen sei das Verfahren eingestellt worden, es blieben somit 63 Vorgesetzte auf 450 Kompanien, Batterien und Eskadrons, also ein Vorgesetzter auf sieben Kompanien, Batterien oder Eskadrons.

— Neben Coburg-gothische Schmerzen wird uns geschieben: Der junge Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha hatte sich bekanntlich durch sein impulsives Vorgehen, das mit einem "Hedderstrich" die Kompanie von Coburg nach

Gotha verlegte, die Sympathien seiner getreuen Coburger Landeskinder verscherzt, denn letztere sahen in der Mahnung — und mit Recht — eine wirtschaftliche Schädigung. Jetzt scheint der Herzog auf die noch nicht zugemachte Wunde ein Pfästerchen legen zu wollen, denn das herzogliche Haushausministerium, das bislang stets in Gotha seinen Sitz hatte, soll nach Coburg verlegt werden. Bekanntlich warten auch immer noch in Coburg Ergebung die Coburger Landtagsabgeordneten auf die Beantwortung der umfangreichen Eingabe, welche sie seinerzeit dem Herzog in Sache der Hofämterfrage unterbreiteten. Auch diese rückständige Antwort soll im nächsten Landtag von der herzoglichen Staatsregierung erteilt werden, und die Coburger werden wieder etwas aufatmen und die Gothaer sich etwas ärgern können, denn in der Antwort soll es, wie verlautet, heißen, daß die Verlegung der Hofämter nach Gotha keineswegs als eine unabänderliche Tatsache zu betrachten sei.

Der Brandenburgische Stadttag beendete am Freitag noch seine Beratungen, die bekanntlich dem Schulunterhaltungsgebot galten. Man führte einen einmütigen Beschluß im Sinne des Referenten Dörfel-Prittwitz herbei. Es heißt darin, dem Gesetzentwurf sei nur dann zuzustimmen, und zwar im eigenen Interesse der Schule, wenn jede Einschränkung der städtischen Selbstverwaltung vermieden werde.

Der freimaurige Abgeordnete Sartorius, der jüngst wegen Weinpanzherei verurteilt wurde, legte endlich sein Reichstagsmandat nieder.

Bei der gestrigen Nachwahl zur zweiten badischen Kammer im Wahlkreis Meßkirch-Stodach ergab sich Stichwahl zwischen Brodmann (nationalliberal) und Städler (Zentrum). In Mannheim wurde bei der gestrigen Nachwahl Kramer (Sozialist) gewählt.

Der Berliner Lyceumklub gab am Sonntag unter dem Ehrenvorsitz des Frau Elen v. Siemens ein Diner, das sich als Antwort auf das German-Diner des Londoner Lyceumclubs darstellt und in dessen Verlaufe in einer Reihe von Toasten die wechselseitigen Beziehungen zwischen England und Deutschland insbesondere aus den Gebieten der Wissenschaft, Literatur, Kunst und Ethik zur Sprache kamen. Der englische Volksstaat Lascelles gab in warmen Worten seiner Sympathie mit den Zwecken der Versammlung Ausdruck und schloß mit einem Hoch auf das Kaiserpaar. Frau Elen v. Siemens gedachte der Kaiserin Friederich und schloß mit einem Hoch auf das englische Königspaar. Der Bischof von Southwark und Prinz Schönach-Carolath sprachen ebenfalls auf dem Lyceumklub. Professor Hartwig feierte das völkerverbindende Wirken der Wissenschaft. Weitere Reden folgten. Zahlreiche Mitglieder der Berliner Gesellschaft waren anwesend.

Zur Preispolitik der Antelle wird ein ungemein bewunderwertes Beispiel bekannt; es handelt sich um das deutsche Druckpapier syndikat. Im September haben sich vier sehr große Firmen diesem noch angegeschlossen, so daß es im groben und ganzen jetzt die Preise dictiert und es muß seine Macht aus! Die deutschen Papierfabrikanten, die jetzt gezwungen sind, neue Lieferungsverträge einzugehen, müssen da und dort in mehr oder minder erhebliche Preiserhöhungen einwilligen; gleichzeitig hat aber das Druckpapier syndikat im Ausland zu auffälligen niedrigen Preisen offeriert. Diese Preisdifferenz zwischen den Inlands- und Auslandspreisen des Druckpapier syndikates ist besonders drückend für die Papiere verarbeitenden Industrien Deutschlands, welche alle auf den Weltmarkt angewiesen sind und dort mit Industrien konkurrieren müssen, welche infolge der niedrigen Papierpreise einen erheblichen Vorsprung haben, denn die Druckpapierpreise beeinflussen mehr oder minder den ganzen Papiermarkt; momentan die Preise aller holzhaltigen Papiere bewegen sich stets in nahezu gleichen Abständen mit den Druckpapierpreisen. Welch enorme Preisunterschiede zwischen In- und Ausland sich heute bereits herausgebildet haben, mag man aus folgenden Tatsachen erschließen: Eine erste deutsche Kuntpapierfirma, welche jährlich circa drei Millionen Kilogramm Rohpapier verarbeitet, hatte bei ihren neuen Abschlüssen für Lieferung 1906 durchweg höhere Preise anlegen müssen, welche mit dem Hinweis auf die überaus starke Beschäftigung in der Rohpapierbranche verlangt wurden.

Als die betreffende Firma daraufhin bei ihrem Vertreter in London eine Preiserhöhung für die fertigen Kuntpapiere durchsetzen wollte, wurde ihr dies mit der Begründung abgelehnt, daß das Syndikat deutscher Druckpapierfabriken erst ganz fürtig den Preis für Druckpapier von $1\frac{1}{4}$ d mit $17\frac{1}{2}$ Prozent Rabatt auf $1\frac{1}{4}$ d mit 20 Prozent Rabatt herabgesetzt habe. Diese Mitteilung erschien der betreffenden deutschen Firma derartig auffällig, daß sie ihren Londoner Vertreter ersuchte, sich Originalofferte von deutchem Druckpapier zu verschaffen. Diese Originalofferte lautete wörtlich: Betreffs des weißen un-satinierten Druckpapiers in Rollen habe ich jetzt das Vergnügen, Ihnen Muster ... zu behändigen zum Preis von 1 d pro Pfund (englisches Gewicht) netto frei Londoner Hauß. Der hier offerierte Preis beträgt im Höchstfalle 18 Pfennig pro ein Kilogramm franco Haus London, während augenblicklich in Deutschland Druckpapier unter 22 bis 23 Pfennig pro Kilogramm kaum zu haben ist. Da der deutsche Druckpapierzoll (im jetzigen wie auch im neuen deutschen Zolltarif) 6 Mark per 100 Kilogramm beträgt, so hatte also die Preisdifferenz zwischen In- und Auslandspreisen bereits den vollen Zoll überschritten. Eine deutsche Fabrik, die sowohl Druckpapier, wie auch das für die Kuntpapierindustrie nötige Rohpapier herstellt, gab der oben erwähnten Kuntpapierfirma betreffs der Preisherabsetzung von deutchem Druckpapier in London die offensichtliche Erklärung, daß der Verband deutscher Druckpapierfabriken den Preis im Ausland niedriger stelle, um ein möglichst großes Quantum davon abschiezen zu können „und den Preis im Innlande nicht drücken zu lassen“. Jetzt ist es also schon so weit gekommen, daß das Druckpapier syndikat ins Ausland zu Preisen verkauft, die man nicht einmal während der Zeit des längsten Tiefstandes der Preise in Deutschland kannte; in Deutschland aber werden die Preise fortgesetzt in die Höhe getrieben. Dabei nehmen die Papierfabrikanten nicht einmal Anstand, zur Begründung der Preissteigerung auf Umstände wie den höheren Zollpreis hinzuweisen, obwohl die Differenz nur eine Preiserhöhung von circa einen Zehn-

pfennig pro Kilogramm Rohpapier ausmacht. Es darf aber auch nicht verschwiegen werden, daß sich die Erzeugung von Druckpapier durch technische Neuerungen verbessert hat. Während vor noch nicht allzu langer Zeit die Druckpapiermaschinen mit 80 bis 90 Meter Geschwindigkeit in der Minute arbeiteten, ist heute die normale Geschwindigkeit bei durchgängig größerer Maschinenbreite mindestens 125 Meter, und neu aufgestellte Maschinen arbeiten noch schneller. Anstatt nun auf Grund der hierdurch entstehenden Verbilligung die Preise herabzusetzen, sind die Preise ständig gestiegen und steigen noch weiter — aber nur im Innland. An diesem Beispiel ist gezeigt, wie notwendig ein Einschreiten der Gesetzgebung gegen die Syndikate ist. Unseres Erachtens würde sich durch ein Syndikatregister und Staatsaufforderung schon manches erreichen lassen, dazu müßte dann noch die zwingende Vorrichtung treten, daß die Preise im Innland nicht höher sein dürfen, als die Auslandspreise. Wenn man sagt, daß dann die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrieren könne, so ist dieser Einwand nicht stichhaltig, und ferner ist es für Deutschland ein sehr schlechtes Geschäft, wenn es dem Ausland seine Waren nur deshalb so billig anpreist, weil wir im Innland selbst viel zu hohe Preise zahlen müssen. Ein Gesetzentwurf über die Syndikate wird auch bereits im Reichsamt des Innern ausgearbeitet.

Wie die "Wartburg" Nekame macht. Vor uns liegt

ein Zettel mit der Ueberschrift "Einladung zum Bezug auf (sic!) die "Wartburg", deutsch-evangelische Wochenschrift", der in starken Phrasen zum Abonnement einlädt, zumal die "Wartburg" schon im ersten Jahre ihres Bestehens in allen (?) evangelischen Kreisen dank ihres gediegenen Inhalts und ihrer vornehmnen (?) Sprache höchste Anerkennung und weiteste Verbreitung gefunden habe. Am Schluss sind

"Urteile der Presse und Kundgebungen der Behörden" beigegeben.

Da heißt es unter anderem: "Das erzbischöfliche Ordinariat in Bamberg und München gibt dem ehrwürdigen Klerus die generelle Erlaubnis, die Wochenschrift für sich zu halten und zu lesen. Es ist zu hoffen, daß auch alle anderen erzbischöflichen Ordinariate Deutschlands dem guten Beispiel der bayrischen Seelenhirten folgen." Da Rom läßt der heilige Vater neue Testamente drucken und verbreiten: in Deutschland empfehlen die Bischöfe die Wartburg. "Es ist eine Freude, zu leben." Sollte das Ironie sein, oder wollte der Verlag der "Wartburg" Abonnenten fördern? Wie sieht denn diese Empfehlung katholischer Bischöfe in Wirklichkeit aus? Das "Amtsblatt für die Erzbischöfliche Zone Bamberg" veröffentlichte in Nr. 8 vom 30. April 1902 unter dem Betrieb "Die Los von Rom-Bewegung" ein längeres Generale an den Diözesanclerkens. Darin wird die "Wartburg" unter anderem also charakterisiert: "Die ausgesprochene Absicht dieser Zeitschrift ist, die Kinder der katholischen Kirche zum Abfall von ihrer Mutter zu verführen, und die Mittel hierzu sind: Lengnung gesambarer Wahrschau, Schmähung des Apostolischen Stuhles, Verächtlichmachung der katholischen Kirche und ihrer Einrichtungen, Entstellung geschichtlicher Tatsachen und tendenziös gefälschte Schlußfolgerungen aus denselben, der ständige Vorwurf, die Katholiken seien Feinde des deutschen Vaterlandes ..." Zum Schluß erhält der Klerus die Erlaubnis, die Wochenschrift zu halten und zu lesen, "damit er in bestechender Weise vorgehen kann." Den Grundjahr, den die "Wartburg" immer wieder den Jesuiten in die Schuhe schieben will, weiß sie selber zu profitieren. Alles für Geschäft!

Was ein "Pavot" der Christenheit zu bieten wagt, er sieht man daraus, daß Dr. A. Kalthoff - Bremen sich am 12. Januar in Zena zum Vorsitzenden des "Deutschen Monistenbundes" wählen ließ, dessen Ehrenpräsident Ernst Hödel ist. Hierzu bemerkte das protestantische Blatt "Das Reich": Wir fragen einen jeden, ganz ohne Rücksicht auf Weltanschauung: ist es möglich, zugleich ein Monat im Sinne Hödels zu sein und die Einkünfte eines evangelischen Pfarramtes zu beziehen? Es ist eine sehr ernste Frage für den deutschen Kirchenausschuß, ob er seine Beziehungen zu Bremen noch aufrecht erhalten kann, wo das Pfarramt zum Gespött gemacht wird.

Die Strafdenkschriften am 21. Januar haben nunmehr die Genossen doch aufgegeben; vielleicht hat die Veröffentlichung der bürgerlichen Presse diesen Entschluß gezeitigt. Jetzt schreibt nun der "Vorwärts": Uebrigens, es hätte wüllig nicht des Aufwandes von polizeilicher Fürsorge bedurft, ein Strafverfahren war vor der Berliner Sozialdemokratie gar nicht beobachtigt. Erst recht war es niemand eingefallen, täppisch die Geschichte kopieren und dem Berliner 21. Januar die geschichtliche Denkwürdigkeit des Petersburger 22. Januar verleihen zu wollen. Diese beispiellose Idee scheint für ganz andere Kreise einen verführerischen Reiz zu haben. Dass aber die Berliner Parteileitung ihre Anordnungen im Stillen traf und alle neugierigen Fragen der Scharfmacher, was man denn nun eigentlich vorhabt, unbeantwortet ließ, hat den erfreulichen Erfolg gehabt, daß die Gegenseite die Geduld verlor und ihre Positionen demaskierte. Unter Proklamation des staatshaltenden Grundsatzes, daß jede vermeindliche Störung des Ordensfestes mit allen Mitteln zu verhindern sei, drohte man, jeden Versuch einer Strafdenkschrift mit dem bauenden Söbel und der schiessenden Glinte unterdrücken zu wollen. Diese Erklärung ist eine Wahlrechtsagitation von wuchtiger Eindringlichkeit, als die imposanteste Strafdenkschrift. Denn selbst wenn eine solche vielleicht eben einigen Eindruck gemacht hätte, wichtiger ist noch der Eindruck auf die Masse, auf die Millionen Wahlentweder, die in ihrer Verblendung noch immer wähnten, die dreifache Regierung siehe dem Volke denn doch anders gegenüber als die zaristische Regierung. Sie haben schon gestern gesagt, daß die Drohungen der Scharfmacher nur Wasser auf die Mühlen der Genossen seien, hier haben wir es. Im Januar schreibt man nicht auf demonstrierende Sozialdemokratien; da erzielt man mit der Wasserspritzte weit bessere Erfolge!

Nach dem Jahresberichte des kritischen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes ist dieser im Jahre 1905 von 5332 auf rund 12000 Mitglieder gestiegen. Von 67 Streiks und Aussperrungen, an denen 3782 Mitglieder beteiligt waren, verließen 17 mit ganzem und 21 mit teil-

weisein Erfolg, 6 waren resultlos. An Unterstützungsgeber für diese Klämpe wurden rund 30000 Mk. ausbezahlt.

Oesterreich-Ungarn.

Die ungarische Krise. Die Genehmigung der Vorschläge Baron Fejervarys durch den Kaiser ist noch nicht der Friede selbst. Baron Fejervary hat daher der Krone außer dem Friedensprojekt noch Vorschläge unterbreitet, die sich auf die von der ungarischen Regierung in der nächsten Zeit zu beobachtende Haltung beziehen. Hierher gehört vor allem das Vorgehen gegen die passive Resistenz, die ja in der letzten Zeit manchorts einen revolutionären Charakter angenommen hat. Von ungarischer Seite wird zugestanden, daß das Verjährungsprojekt des Herrn v. Lukas Konzessionen auf militärischem und nationalem Gebiete zur Grundlage hat. Die Wege zu einem Siege Ungarns auf der ganzen Linie sind also geebnet, die Koalition braucht sie nur zu betreten.

Ein Teil der oppositionellen Presse bringt die Geliebtheit der Krone, mit welcher sie auf die seitens der Koalition bemerkbaren Friedensbestrebungen reagiert, mit der Angelegenheit des deutschen Handelsvertrages in Verbindung und gibt der Sache den Anschein, als ob sich der König in einer Zwangslage befände, da die deutsche Regierung angeblich die parlamentarische Erledigung der Verträge fordere. Nun ist das Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau von kompetenter Seite zu der Erklärung ermächtigt, daß sich die deutsche Regierung mit den Garantien, die die ungarische Regierung derzeit bietet, namentlich mit der Ratifikation durch den König, auch ohne Ratifizierung durch das Parlament vollkommen begnügt. Die supponierte Zwangslage der Krone besteht also lediglich in der Phantasie der betreffenden Blätter.

Der deutsch-fortschrittliche Parteitag für Sachsen nahm am Sonntag in Prag einstimmig eine Resolution an, in der das Bedürfnis anerkannt wird, das Wahlrecht für die Landtage und den Reichsrat auf die breiten Massen der Bevölkerung nach den Grundzügen des allgemeinen und direkten Wahlrechts auszudehnen und erklärt noch, daß das gegenwärtige nationale Kräfteverhältnis im Reichsrat keinerlei Verschiebung erfahren dürfe und der Bedeutung des deutschen Volkes in Oesterreich bei der Guteilung der Mandate entsprechend Rechnung getragen werden müsse.

Schweiz.

Das von der internationalen Expertise für einen Durchlauf der Berner Alpen im Vorbergrund gestellte Projekt einer Bahn durch den Wildstrubel ist auf Grund von Aufnahmen im Terrain überprüft worden. Die neuen Kostenberechnungen weichen von den früheren, auf Grund des allgemeinen Vorprojektes berechneten weit ab. Bis Ende Februar wird das Initiativomitee seine Anträge über die Wahl der Trasse der Berner Regierung aufstellen. Über die Frage des elektrischen Betriebes liegt ein sachmäßiges Gutachten vor. Innerhalb einiger Monate wird der Finanzplan dem bernischen Grossen Rat zur Genehmigung vorgelegt werden.

Frankreich.

Die vereinigten Sozialisten beabsichtigen, wie es heißt, bei der Präsidentenwahl im ersten Wahlgange ihre Stimmen auf den Namen von Paul Constan, sozialistischen Deputierten des Departements Allier, abzugeben.

Vorübergehend ist neuerdings die Wahl aufgetaucht, daß ein großer Progenzak der Wähler die Abstimmung wiederholen will. Die "Liberté" will sich demgegenüber für das Wort des Präsidenten verbürgen, als er gebeten wurde, die Genehmigung zur Aufstellung seiner Kandidatur zu geben: "Nein, nein, und nochmals nein! Lieber gleich den Selbstmord!" Zur Abwechselung wird jetzt wieder einmal Sarrien als aussichtsvoller Kandidat genannt. Ein Glück, daß der 17. Januar nun bald heran ist und die Aera der "Schiebungen" damit ein Ende nimmt.

Der Direktor der Staatsgüterverwaltung hat den Auftrag erteilt, befußt Inventuraufnahme der Kirchenfäsche und Monstranzen erforderlichenfalls die Altarkabernofel zu öffnen. Die Erzbischöfe von Paris, Lyon und Chambéry, sowie zahlreiche Bischöfe haben deswegen an ihre Pfarrer Kundmachungen erlassen, in denen gegen diese Maßnahmen, die jedes katholische Gefühl aufs tiefste verlegen mühten, entschieden protestiert wird. Die Pfarrer sollten sich darauf beschränken, den Beamten die Anzahl und den Wert der in den Tabernakeln verwahrten Kirchengefäße anzugeben und diese Angabe eventuell mit ihrem Priesterworte zu bestätigen, aber niemals gesäfft, daß die Tabernakel geöffnet werden. Einige Bischöfe haben den Pfarrern den Rat gegeben, an dem Tage, an welchem die Inventuraufnahme stattfinden soll, die Kirchengefäße aus den Tabernakeln zu entfernen. — Der konservative Deputierte Gayraud wird am 19. d. M. in der Kammer über diese Angelegenheit interpellieren; der sozialistische Deputierte Orion, der Berichterstatter für das Trennungsgesetz war, erklärt in der "Lanterne", daß der den Finanzbeamten erteilte Auftrag eine ungeschickte und überflüssige Brutalität sei.

England.

Es sind bis jetzt 58 Wahlergebnisse bekannt. Danach sind gewählt 45 Liberale, einschließlich 8 Arbeiterskandidaten, 12 Unionisten und 1 unionistischer Freihändler. Die Liberalen haben 18, die Arbeiterskandidaten 4 neue Sitze gewonnen. — Bei der Wahl in Manchester-Ost erhielt Horridge (lib.) 6408 und der frühere Premierminister Balfour 4423 Stimmen.

Rußland.

Im Hotel de France in Petersburg ist ein Attentat auf den koreanischen Kriegsminister Yi-Hon-Ji verübt worden. Wie die Rundschau meldet, ist der Täter der Leibesgegen des Ministers. Dieser erhielt 11 Schüsse und schwanden. Der Täter ist verhaftet worden. — Der Verweser des Ministeriums des Innern Tschernow ist unter Verlassung im Reichsrat zum Minister des Innern ernannt und in Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienste zum Wisslichen Geheimen Rat befördert worden. — Nach einer Meldepfung aus Wien hat das energische Vorgehen der Behörden den Fall der revolutionären Organisationen zur Folge gehabt. Die Leiter derselben verstanden sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. — In

An Unterstützungs-
und 30000 M. auf-
zuehmigung der Vor-
kaiser ist noch nicht
at daher der Krone
schlagnie unterbreitet,
Regierung in der
beziehen. Hierher
die passive Resistenz,
einen revolutionären
partei Seite wird
projekt des Herrn
em und nationalem
ge zu einem Siege
also geeignet, die

reise bringt die Ge-
auf die seitens der
ungen reagiert, mit
Übertragen in Ver-
ein, als ob sich der

da die deutsche Re-
erledigung der Ver-
Telegraphen-Storre-
zu der Erfüllung
mit den Baron-
erzeit bieten kann,
z den König, auch
kommen beginnen.
besteht also lediglich
er.

teitag für Böhmen
ig eine Resolution
d, das Wahlrecht
die breiten Waffen
t des allgemeinen
und erläutert noch,
hältnis im Reichsrat
und der Bedeutung
der Zuteilung der
n werden müsse.

Expertise für einen
und gefallene Projekt
auf Grund von Auf-
Die neuen Kosten-
n, auf Grund des
heit ab. Bis Ende
e Anträge über die
ng zustellen. Neben
ein sachmäßiges
Monate wird der
zur Genehmigung
absichtigen, wie es
in Wahlgänge ihre
stand, sozialistischen
zugeben.

Lebart aufgetaucht,
die Absicht habe,
will sich demgegen-
bürgern, als er ge-
stellung seiner Sta-
nals nein! Lieber-
ing wird jetzt wie-
Kandidat genannt.
d heran ist und die
nimm.

erhalt hat den
h der Kirchen-
ls die Altartaber-
Paris, Lyon und
aben deswegen an
denen gegen dieje-
hl aufs tiefließ ver-
ird. Die Pfarrer
en die Anzahl und
arten Kirchengesöhe
ihrem Priester-
ten, daß die Taber-
den Pfarrern
hem die Inventur-
he aus den Taber-
Deputierte Gay-
über diese Ange-
Deputierte Brion,
sich war, erläutert in
mten erteilte Auf-
ruthalt sei.

alle bekannt. Da-
ieblich 8 Arbeiter-
dritter Freihändler.
andidaten 4 neue
n Manchester-Ost
frühere Premier-

ung ist ein Atten-
H.-Hont-It verläuft
det. Ist der Täter
erhielt 11 Schuh-
haftet worden. —
neen Durrow ist
minister des Innen-
eigleidnien eifrig
förderert worden.
hat das energische
er revolutionären
e Leiter derselben
u bringen. — In

Riga wurden eine Geheimdruckerei und zwei Bomben-
niederlagen entdeckt. — Das Komitee der vereinigten
revolutionären Parteien in Tiflis hat infolge des Mi-
glings der Revolution im Zentrum Ruklands die Ver-
endigung des Ausstandes angekündigt. — In Tschernigow
wurde der Provinzgouverneur Chwostow, als er im Wagen
mit seiner Gemahlin von der Kathedrale zurückkehrte, durch
zwei in den Wagen geschleuderte Bomben schwer verwundet,
während seine Gattin leicht verletzt wurde. Der Täter
wurde verhaftet. — Die Städte Pausal und Salzburg im
Kreise Wall, wo ein altes Schloss des Barons Blekinghoff
eingeschlossen worden war, sind von einer Abteilung des
Generals Orlow besetzt worden. Die Anzeichen der Ver-
ruhung mehren sich.

Türkei.

— Hilti Pasha hatte eine vertrauliche Mitteilung
über eine Bombenfahndung nach Saloniki erhalten. Infolge-
dessen angestellte Ermittlungen führten am 11. d. R. zur
Entdeckung von acht Bomben in dem der Villa der
Ottomanischen Bank gegenüberliegenden bulgarischen Hause.
Die Person, an die die Sendung gerichtet war, ist ver-
haftet worden.

Zubamerika.

— Wie aus Caracas über Port of Spain unter dem
12. Januar gemeldet wird, bleibt die venezolanische Re-
gierung dabei, die abgedrohnenen diplomatischen Be-
ziehungen nicht wieder aufzunehmen; infolgedessen
hat der französische Gesandtschafter Taligny an den
amerikanischen Gesandten in Caracas, Russell, eine Note beigebracht, den Abbruch der diplomatischen
Beziehungen seitens Frankreichs überreicht, ihm die fran-
zösischen Archive übergeben und ihn mit der Wahrnehmung
der französischen Interessen beauftragt. Taligny ist ab-
berufen worden. Da der Verkehr auf dem französischen
Kabel gesperrt ist, so gehen die Depeschen über Trinidad.

Mus den deutschen Kolonien.

— Ein Telegramm aus Windhoek meldet: Am
5. Januar 1906 bei Duurholt gefallen: Bizefeldmeier
Blok (Inf.-Reg. Nr. 98). Verwundet wurden: Hauptmann
Paul v. Lettow-Vorbeck (Königin-Elisabeth-Garde-Gren.-
Reg.), Lieutenant Ebeling (Inf.-Reg. Nr. 157), Major Leh-
mann (Wach.-Gew.-Abt. Nr. 2), Sergeant Baas (Drag.-
Reg. Nr. 7), Unteroffizier Schönbohm (Inf.-Reg. Nr. 97),
Gefreiter Kolbe (Ulan.-Reg. Nr. 14), Major Petermann
(Königl. Sächs. 7. Feld-Art.-Reg. Nr. 77).

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 15. Januar 1906.

Lagekalender für den 16. Januar. 1906. + Brand
Zähner zu München, Komponist und Opernsänger. — 1878.
Beiprüfung der Armee Suleiman Paschas bei Philippopol durch
die Russen. — 1871. Beginn des Rückzuges der französischen Armee
unter Bourbaki. General Neller besiegt Chomutov. — 1883.
+ Friedrich König in Stuttgart. Erfinder der Schnellpresse. —
1812. + Ludwig Windhorst zu Altona/Hannover. Der Führer
der Burschenschaftspartei. — 1729. * Nicolo Piccini zu Varese, italienischer
Opernkomponist (Musica Glads). — 1708. * Benjamin Franklin
zu Boston, der Erfinder des Glühlampeleers. — 1818. + Erwin
Steindach, Baumeister am Münster zu Straßburg.

* Wetterprognose des Königl. Sächs. meteorologischen Instituts zu Dresden für den 16. Januar.
Witterung: trocken, wenn aus mehr oder weniger stark bewölkt.
Temperatur: übernormal. Windrichtung: Südwest. Luftdruck: hoch.

* Se. Majestät der König wohnte gestern vormittag
dem Gottesdienste in der katholischen Hofkirche bei und
erteilte von 9/12 Uhr an im Residenzschloss mehrere
Audienzen. Um 6 Uhr fand Familienselbst statt. Heute
vormittag empfing Se. Majestät die Herren Staatsminister
und den Königl. Kabinetssekretär.

* Se. Majestät der König hat den Domkapitular-Senior Herrn Skala, der darum nachgesucht hatte, den
Bank des Domstiftes St. Petri in Tanger für das von
Se. Majestät anlässlich des Hinscheidens des Bischofs Dr.
Buschanek befundene Kleid ausdrücklich zu dulden, gestern
in Audienz empfangen.

* Se. Königl. Hoheit der Kronprinz vollendet
heute sein 13. Lebensjahr. Aus diesem Anlaß haben die
öffentlichen und viele Privatgebäude Flaggen schmuck
angelegt.

* Anlässlich des Geburtstages des Kronprinzen
fand heute früh eine Morgenmusik statt. Mittags fand bei
Se. Majestät dem König Familienselbst statt, an der
auch die Königin-Witwe, sowie der Prinz Johann Georg
und die Prinzessin Mathilde und der Herzog Karl Borwin
von Mecklenburg-Strelitz teilnahmen.

* Ihre Majestät die Königin-Witwe ist heute vor-
mittag 11 Uhr 15 Min. in Begleitung der Hofdamme
Gräfin Reutte von Weyl und des Kammerherrn von
Weisch-Reichenbach aus Dornreichenbach hier eingetroffen.

* Eine der letzten Bekämpfungen unseres unvergleichlichen
Bischofs Dr. Buschanek traf noch unsere schöne
Herz-Jesu-Kirche in Johannstadt. Zur Erinnerung an den
frommen hochseligen König Georg, welcher dem Bau ein
so lebhaftes Interesse entgegengebracht hatte, wollte der
verstorbene Oberherr, daß das Fenster des Turmportals
das Bild des hl. Georg mit dem sächsischen Sappe in
Glasmalerei enthalte. Der selige Herr Bildot hatte selbst
die Unterschrift zu dem Bilde abgelegt: In memoriam
Georgii regis d[omi]ni 15. Nov. 1904. Nach dem Tode des
Herrn Bischofs hat sich der Gläubige Großindustrielle Baron
von Lehrer bereit erklärt, die Kosten dieses Fensters zu
übernehmen und bestimmt, daß durch den Zulag: donavit
Georgius Wuschanski episcopus Tit. Sam. def. 28. Dez.
1905 dasselbe wie eine Stiftung des hochseligen Bischofs
selbst gelten sollte.

* Der auf den Stuhl des Ministerpräsidenten be-
rufene königl. sächs. Gefannte in Berlin Egellens
Graf Hohenthal, äußerte sich über seine Verhüllung dem
politischen Vertreter des Leipz. Tagbl. gegenüber wie
folgt: „Se. Majestät hat mir das Präsidium in einer so
gründigen Form angetragen, daß ich als monarchischer
Mann eine Ablehnung gar nicht denken konnte.“ Graf
Hohenthal gab der Hoffnung Raum, daß er die Schwierig-
keiten, die mit der heutigen politischen Lage in Sachsen
verbunden seien, zu überwinden hoffe, und halte den Um-

stand dazu für günstig, daß er bisher ganz außerhalb der
innerpolitischen sächsischen Verhältnisse gestanden habe.
„Niemand kann sich für sich allein reklamieren und niemand
hat Grund, mir Vertrauen zu verweigern. Ich werde
natürlich keine Parteidreigung einrichten und an die Ver-
hältnisse nicht mit irgend welcher Parteidreigung heran-
treten. Daß die verfassungsmäßige Vertretung der

Bevölkerung bei der Gesetzgebung mehr den wirtschaftlichen
Bedingungen des Landes anzupassen ist, halte ich
für selbstverständlich. Ich möchte als mein politisches
Ziel die Verhöhnung der heutigen Gegenläufe bezeichnen,
so daß jedem Stande sein Recht wird entsprechend seiner
Bedeutung. Daß natürlich nicht an die Einführung des
allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts für den
Landtag zu denken ist, brauche ich wohl nicht erst zu sagen.“

— Sonnabend fügte aus dem Dachgeschosse eines
Hauses der Adlergasse in Friedland ein etwa drei
Jahre alter Knabe auf die Straße herab. Ein sofort zu
Rote gezogener Arzt konnte nur den durch Genick- und
Schädelbruch eingetretenen Tod des Kindes feststellen.

Deuben. In Sachsen der Weihachtsvergnügen fand am
10. Januar in Deuben eine Versammlung statt, in welcher
hauptsächlich gegen die von der Regierung geplante Kosten-
verteilung gesprochen wurde. Man wählte eine Kommission,
die im Namen aller Interessenten gegen die Art der
Belastung vorstellig werden und sich weiter mit der Ange-
legenheit beschäftigen soll. — Am Sonnabend abend in der
achten Stunde ist in Deuben die Biegelei von Gustav Fuhr-
mann vor dem Jägerhaus u. Hoffmann gänzlich niederge-
brannt. Man vermutet Brandstiftung.

Rosslau. Der projektierte Bau einer Eisenbahn Wil-
deutsch-Lommersdorff-Döbeln bildete den Gegenstand einer
hier abgehaltenen Versammlung, zu der Vertreter von 63
interessierten Gemeinden und Rittergütern erschienen waren.
An den Verhandlungen, die Geheimer Dekanat Stei-
ger-Leutenberg leitete, nahmen die Landtagsabgeordneten der
in Frage kommenden Wahlkreise und die Amtshauptleute
der betreffenden Amtshauptmannschaften teil. Gegen eine
Minderheit wurde beschlossen, daß Areal für die Strecke auf
privatem Wege zu erwerben. Hierzu wurden alsdann die
entsprechenden Kommissionen gebildet.

Leipzig, 14. Januar. Kammerzanger Otto Schelpen,
der lebt lange aus der großen Zeit des Leipziger Stad-
theaters, wurde am Sonnabend unter Anteilnahme der
ganzen Stadt zur letzten Ruhe bestattet. Namens der
Direktion des Stadtheaters sprach Direktor Vollmer,
namens des Opernpersonals Regisseur Marion. Der Rat
der Stadt Leipzig hatte eine prächtliche Palme gespendet.
— Sonnabend abend starb hier im 76. Lebensjahr der
Rechtsgerichtsrat a. D. Reinde, in Juristenkreisen sehr be-
kannt als Herausgeber des in Gemeinschaft mit Reichs-
gerichtsrat Dr. Rehbein verfassten Kommentars zum
preußischen Landrecht. — Die hiesige öffentliche Handels-
lehranstalt begibt vom 20. bis mit 22. Januar ihr 75-
jähriges Jubiläum. Am 21. Januar findet großer Fest-
akt im Saale der neuen Börse statt. — Der Rat der
Stadt Leipzig bewilligte in seiner letzten Plenarsitzung 1000
M. für die durch Brandunglich geschädigten Deutschen
in Aschland.

Elsterberg i. B. Eine Anzahl Webereifirmen von
Elsterberg und Umgegend beabsichtigt eine gemeinsame We-
berei zu erbauen, die Raum für 1500 bis 2000 Stühle ent-
halten soll. Eine geeignete Verhältnisheit, die die nötigen
kaufmännischen und technischen Fertigkeiten besitzt, dieses
Projekt zu verwirklichen, ist bereits gefunden; auch sind aus
Bankkreisen Kapitalien zur Verfügung gestellt worden.
Außerdem ist den Unternehmern die Unterstützung des
Stadtrates zu Elsterberg gesichert, da durch das Unterneh-
men die Industrie in Elsterberg nicht nur befestigt, sondern
auch noch erweitert werden kann. Ein weiteres Projekt geht
dahin, neben der großen Weberei noch eine genügende An-
zahl Arbeiterwohnungen zu erbauen.

Plauen. Die hiesige Handelskammer hat sich gestern
einstimmig für eine der Vertretung der Landwirtschaft
gleichwertigen, ebenfalls auf freier Wahl beruhenden Ver-
treterung von Hand und Industrie in der Ersten Kammer
ausgeprochen.

Bitterfeld. Die Errichtung einer neuen elektrischen Feuer-
alarmanlage für unsere Stadt ist vom Stadtverordneten-
kollegium beschlossen worden. Die Herstellungskosten be-
laufen sich auf 58 500 Mark. Mit der Ausführung der An-
lage ist die Firma Siemens u. Halske in Berlin beauftragt
worden.

Gera, 13. Januar. Die Geraer Handelskammer nahm
eine Resolution im Sinne der Streibung zur Er-
reichung freundlicher Beziehungen zwischen England
und Deutschland auf. Die Kammer hatte keine Bedenken
gegen die neuen Tabak- und Biersteuern, wenn dadurch die
Industrien nicht geschädigt werden. Dagegen hält man die
Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsarten, und Luitingsh-
telsteuern für eine Erschwerung und Belästigung des Ver-
kehrs. Die Kammer beschloß ferner, bei der Regierung vor-
stellig zu werden, daß der Handelshandel mit Teppichen,
Linoleum und Möbelstoffen verboten wird.

Vereinsnachrichten.

Annaberg i. G. Am vergangenen heiligen Dreikönig-
stage hielt der hiesige katholische Männerverein seine Christ-
baumfeier im Lindengarten ab. Obwohl die Beteiligung
seitens der Herren etwas zu mündlich übrig ließ, ging doch
eine hübsche Anzahl von Geschenken ein. Die Feier wurde
umrahmt von Weihnachtsgesängen des Kirchenchores Cäcilie,
von Declamationen, sowie von Violin-, Klavier- und Zither-
vorträgen, welche alle in vorzülicher Weise zu Gehör ge-
brachte und mit reichem Beifall belohnt wurden. Der Präses
des Vereins, Herr Pfarrer Hottenrott, versetzte die An-
wesenden durch eine längere Ansprache in die rechte Weih-
nachtstimmung. Den Schluss bildete das zweitige The-
aterstück „Die Liebe im Schauspiel“, welches den Mitwirken-
den für ihr flottes Spiel reichen Applaus eintrug. In den
Abständen wurden die Geschenke verauktioniert, wo-
durch eine sehr erfreuliche Einnahme erzielt wurde. Nach
der in der Hauptversammlung am vorigen Donnerstag statt-
gefundenen Abrechnung konnte der Vereinskasse ein ganz
guter Reinertag zugeführt werden. Allen, die an diesem
Abende ihr können in den Dienst des Vereins stellten, sei
auch an dieser Stelle herzlich gedankt. Bemerkst sei noch,
daß in oben genannter Hauptversammlung die Verlegung
des Vereinsabends von Donnerstag auf Dienstag be-
schlossen wurde. — Das übliche Fastnachtskränchen findet
Montag, den 26. Februar ebenfalls im Lindengarten statt.

